



Ab Montag ist der Gesundheitspass auch für Angestellte mit Publikumsverkehr, insbesondere in Restaurants und kulturellen Einrichtungen, obligatorisch. Eine Maßnahme, die die Gewerkschaften spaltet.

Die Einführung des Gesundheitspasses hat am Montag, 30. August, eine neue Etappe erreicht. Für 1,8 Millionen Beschäftigte mit Publikumskontakt in Restaurants, Kinos, Museen und sogar in Fernverkehrszügen, wo er bereits für Kunden vorgeschrieben war, ist er nun auch Pflicht für die Mitarbeiter.

Bis zum 15. November müssen die Arbeitgeber die Gültigkeit der Gesundheitspässe ihrer Mitarbeiter überprüfen. Diese Verpflichtung gilt auch für Freiwillige, die in allen vom Arbeitsministerium aufgelisteten Orten, Einrichtungen, Dienstleistungen oder Veranstaltungen arbeiten, darunter Bars, Theater, Überlandbusse, Fernzüge oder Flugzeuge, Vergnügungsparks, Zoos, Messen und bestimmte Einkaufszentren.

Ab dem 30. September unterliegen dann auch die minderjährigen Arbeitnehmer, einschließlich der Auszubildenden, der Verpflichtung zum Gesundheitspass.

Beschäftigte ohne diesen Ausweis müssen Urlaub nehmen, Telearbeit leisten, können auf eine Stelle versetzt werden, für die kein Ausweis erforderlich ist, oder unbezahlt suspendiert werden.

„Viele Franzosen sind geimpft, und der Anteil in den Unternehmen ungefähr gleich hoch“, erklärt Benoît Serre, Vizepräsident der Nationalen Vereinigung der Personalleiter (ANDRH). „Wenn nach mehreren Wochen einige Arbeitnehmer immer noch nicht geimpft sind, werden Unternehmen ein System der Aussetzung des Arbeitsvertrags einführen“, betont er gegenüber Franceinfo.

Wie die Generaldirektion für Gesundheit am Sonntag mitteilte, haben inzwischen mehr als 48 Millionen Franzosen mindestens eine Dosis erhalten (71,8% der Gesamtbevölkerung), und mehr als 43,5 Millionen (64,6 %) haben eine vollständige Impfung erhalten. Auch soll sich der Druck auf die Krankenhäuser nicht mehr weiter erhöhen und sich die entsprechenden Indikatoren seit mehreren Tagen stabilisiert haben, mit Ausnahme auf den französischen Antillen.

Gewerkschaften sind gespalten

Der obligatorische Gesundheitspass für bestimmte Arbeitnehmer wird insbesondere für die SNCF gelten. „Wir schätzen, dass 70% der von dem Gesundheitspass betroffenen Mitarbeiter



geimpft sind“, sagte ein Sprecher des Bahnkonzerns gegenüber der AFP. „Wir werden in den kommenden Wochen in der Lage sein, den Verkehrsplan zu 100% durchzuführen“.

Die Gesundheitspasspflicht gilt für Fahrdienstleiter und Sicherheitskräfte, die in TGVs, Intercity-Zügen und internationalen Zügen ab Frankreich eingesetzt werden, aber auch für Mitarbeiter von Subunternehmen, die mit Reinigungs- oder Verpflegungsdiensten an Bord beauftragt sind. Insgesamt „mehr als 5.000 Mitarbeiter“, so die SNCF.

Die Pflicht zum Gesundheitspass wird dagegen in den Galeries Lafayette am Boulevard Haussmann in Paris scharf kritisiert, wo die Gewerkschaft SUD für Montag zu einem unbefristeten Streik aufgerufen hat. Die Gewerkschaft befürchtet „Vertragsaussetzungen und Entlassungen“, so ihr Vertreter David Pereira gegenüber der AFP.

Die gewerkschaften sind sich nicht einig. Während die CFDT in diesem Sommer den aus den parlamentarischen Debatten über das Gesundheitsgesetz hervorgegangenen Text gebilligt hatte, hatte die CGT die Möglichkeit der Aussetzung von Arbeitsverträgen als „völlig beispiellose und unverhältnismäßige Sanktion“ angeprangert. Eine „schwere Sanktion“, hatte die Gewerkschaft FO geurteilt.